**Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
für das Vorhaben Vorbescheid von acht Windkraftanlagen
in 03119 Drebkau OT Siewisch und Leuthen**

Zusätzliche Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 16. Juli 2025

Die Firma Windpark Leuthen GmbH & Co. KG beantragt den Vorbescheid nach § 9 Absatz 1a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb von acht Windkraftanlagen (WKA) am Standort 03116 Drebkau OT Siewisch und Leuthen (Windpark Leuthen), auf den Grundstücken in der Gemarkung Siewisch, Flur 4, Flurstücke 216, 270 und in der Gemarkung Leuthen, Flur 4, Flurstücke 191, 190, 192, 193.

Es handelt sich dabei um eine immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlage der Nummer 1.6.2 V des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) und um ein Vorhaben der Nummer 1.6.2 A der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

In einem Vorbescheidsverfahren nach § 9 Absatz 1a BImSchG erfolgt eine behördliche Prüfung des Vorhabens nur bezüglich der konkret gestellten Vorbescheidfrage. Die Vorbescheidfrage wurde erweitert um die Genehmigungsvoraussetzungen zu den Belangen des Luftverkehrsrechts.

Nach § 29 Absatz 1 Satz 1 UVPG hat sich in Verfahren zur Vorbereitung eines Vorbescheids die Umweltverträglichkeitsprüfung vorläufig auf die nach dem jeweiligen Planungsstand erkennbaren Umweltauswirkungen des Gesamtvorhabens zu erstrecken und abschließend auf die Umweltauswirkungen, die Gegenstand der Teilzulassung sind. Gemäß § 1 Absatz 2 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (9. BImSchV) in Verbindung mit § 7 Absatz 1 UVPG wurde für das beantragte Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung bezüglich der Auswirkungen des Vorhabens zu Schall und Schatten durchgeführt. Aufgrund der Erweiterung der Fragestellung zu den Belangen der Luftverkehrsrechts war die allgemeine Vorprüfung diesbezüglich zu ergänzen. Diese erfolgte auf der Grundlage der vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen entsprechend den Kriterien der Anlage 3 des UVPG.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde erneut festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben, bezogen auf die Teilzulassung, keine UVP-Pflicht besteht.

Diese Feststellung beruht im Wesentlichen auf folgenden Kriterien:

1. Merkmale des Vorhabens

Beantragt werden mit dem Vorbescheid für die acht WKA die Standorte und die verbindliche Klärung der Genehmigungsvoraussetzungen zu Schall und Schatten. Die Anlagen sind vom Typ Nordex N175 mit je 6,8 MW elektrischer Leistung und insgesamt 267 m hoch. Der Turm ist ein Hybridturm. Zu den Anlagen gehören Fundamente, Kranaufstellflächen und Wege für die Erschließung. Die WKA sind als Luftfahrthindernisse zu kennzeichnen.

2. Standort des Vorhabens

Die Standorte der WKA befinden sich in innerhalb eines geschlossenen Waldgebietes. Die Erschließung erfolgt über ausgebaute Forstwege von der Kreisstraße K7126. Ca. 1.200 m nördlich verläuft die Bundesautobahn BAB 15. Die Orte Leuthen, Siewisch und Kolkwitz sind über 1.000 m entfernt. Das Gewässer Koselmühlenfließ fließt ca. 950 m westlich des Vorhabens in Süd-Nord-Richtung.

3. Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen sowie Vorkehrungen

Die UVP-Vorprüfung beschränkt sich auf die Teilzulassung und somit auf die zu erwartenden Umweltauswirkungen der WKA bezüglich Schall, Schatten und Kennzeichnungspflicht als Luftfahrthindernisse auf das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit. Diese sind als unerheblich einzuschätzen.

Es wurde festgestellt, dass die Immissionsrichtwerte gemäß TA Lärm eingehalten werden. Zur Vermeidung von Schattenwurf durch die Rotordrehbewegungen werden die WKA mit einer Abschaltautomatik ausgerüstet. Die Kennzeichnungspflicht als Luftfahrthindernisse ist gesetzlich vorgeschrieben und eine wirksame Umweltvorsorge. Aufgrund der vergleichsweise geringen Lichtstärke der Nachtbefeuerung, der Ausrüstung der WKA mit einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung und durch die Verwendung mittelreflektierender Farben und matter Glanzgrade bei der Rotorblattbeschichtung zur Vermeidung von Reflexionen des Sonnenlichtes sind sowohl die Blendwirkung als auch die Lichtemissionen im Nachtzeitraum als unerheblich einzuschätzen.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 58)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 355)

Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle Süd